

Die Irrtümer der keynesianischen „Mainstream-Ökonomen“

Wenn man sich anschaut, was die Studenten der Wirtschaftswissenschaften heute an den Hochschulen lernen, so fällt einem unschwer auf, dass das Wichtigste fehlt: Sie lernen nämlich nichts mehr darüber, was wirtschaftliche Wirklichkeit tatsächlich ausmacht. Sie lernen nichts mehr über Hintergründe, Zusammenhänge, Motive und Konsequenzen wirtschaftlichen und staatlichen Handelns. Stattdessen werden sie vollgestopft mit hochspezialisierten mathematisch-statistischen Formeln und Modellen sowie der keynesianischen „Mainstream-Ökonomie“, obwohl dies längst alles an den Klippen der Realität krachend zerschellt ist. Studenten der Volkswirtschaftslehre erfahren heute in der weitgehend ideologisch geprägten Hochschullandschaft zum Beispiel nichts mehr über die „Österreichische Schule der Nationalökonomie“ und dem zugrundeliegenden Denkgebäude des klassischen Liberalismus, obwohl es sich hierbei um die Grundlage unserer abendländischen Kulturgeschichte handelt.

Sie verstehen nicht, wie es zu Arbeitslosigkeit kommt, sie verstehen nicht die Ursachen übertriebener Konjunkturschwankungen, sie kennen nicht die Ursachen der Inflation und verstehen nicht die Zusammenhänge zwischen Inflation und Konjunkturschwankungen, sie können in der Regel nicht einmal dem Laien den Markt- und Preismechanismus in verständlicher Form erklären. Es kommt ihnen nicht in den Sinn, über das staatliche Geldmonopol und das Zusammenspiel zwischen Politik und Finanzwirtschaft zu reflektieren. Sie können daher auch die aktuelle Schulden-, Euro- und Finanzkrise nicht deuten, nicht nachvollziehen und sich erst recht keine fundierte Meinung dazu bilden, zumal ihnen Aufgaben und Bedeutung von Ordnungspolitik weitgehend unbekannt sind. Und schon gar nicht können sie die vielfältigen Gefahren für eine freie Gesellschaft durch den zunehmenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Interventionismus des Staates erkennen. Weil sie sozusagen Sklaven ihrer eigenen Unkenntnis sind (obwohl sie einen wirtschaftswissenschaftlichen Abschluss vorweisen), sind ihnen die Konsequenzen eines überschuldeten Wohlfahrtsstaates nicht klar.

Sinn für Realität und vor allem auch geschichtliches Bewusstsein machen laut Joseph A. Schumpeter letztlich einen guten Ökonomen aus. Die Dogmengeschichte

ist ein wesentliches Gebiet wirtschaftswissenschaftlicher Forschung, welches heutzutage leider völlig vernachlässigt wird. Deshalb fehlt heute vielen Studenten ein tieferes Wissen über die geschichtlich-philosophischen Entwicklungsstränge ihrer eigenen Disziplin. Ohne fundierte Kenntnis der Geschichte des ökonomischen Denkens fehlt ihnen die Fähigkeit, Dinge richtig einordnen und analysieren zu können. Wer die eigene Entwicklungsgeschichte nicht kennt, der hängt in der Gegenwart buchstäblich in der Luft.

An den meisten Fakultäten wird heute zusammenhangloses Spezialwissen auswendig gelernt. Speziell in der Volkswirtschaftslehre ist eine autistische und ideologisierte, „mainstreamgesteuerte“ Richtung entstanden, die durch eine falsch verstandene Formalisierung und Mathematisierung der wirtschaftlichen Wirklichkeit geradezu hohnspricht. Der Wirtschaftsnobelpreisträger W. Leontief, selber der Mathematik nicht gerade abhold, kommentierte diesen überzogenen Mathematisierungsgrad treffend mit den Worten: „Die ökonomischen Fachzeitschriften sind Seite für Seite mit mathematischen Formeln gefüllt, die dem Leser mehr oder weniger plausible aber völlig willkürliche Annahmen zu präzise formulierten aber irrelevanten theoretischen Schlussfolgerungen präsentieren.“ Der renommierte ökonomische Theoriegeschichtler Marc Blaug stellt dazu fest. „Die moderne Ökonomik ist krank. Die Ökonomik ist zunehmend zu einem intellektuellem Spiel geworden, das um seiner selbst Willen gespielt wird und nicht wegen seiner praktischen Bedeutung für unser Verständnis der wirtschaftlichen Welt.“ War die Volkswirtschaftslehre früher (Nationalökonomie) gerade dafür bekannt, ein umfassendes Verständnis komplexer Zusammenhänge insbesondere auch mittels einer fachübergreifenden Betrachtung im Sinne einer breit angelegten Bildung zu vermitteln, ist sie heute weitgehend in ein zusammenhangloses Spezialwissen ohne erkennbaren Realitätsbezug zerfallen.

Insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik macht sich die Einäugigkeit der modernen Ökonomie stark bemerkbar, zumal viele Ökonomen unter diesem Mangel an breitgefächertem Erfahrungswissen leiden. Die durchweg fehlenden Kenntnisse über die Grundlagen des klassischen Liberalismus und der „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“ haben durchaus verhängnisvolle Konsequenzen.

Die Lehrstuhl-Ökonomie ist zum Ideenlieferant der staatlichen Schuldenfinanzierung verkommen. Die Finanzwissenschaft ist längst zur Lehre vom staatlichen Kleptokratismus degeneriert. Allzu viele Professoren sind zu servilen akademischen Zuträgern der politischen Machteliten und der mit der Politik kungelnden Hochfinanz-Kaste abgedriftet. Gehaltvolle wirtschaftspolitische Ausführungen weichen immer mehr interessensgelenkten Statements.

Für die Medien sind wirtschaftspolitische Aspekte vor allem dann interessant, wenn sie die aktuellen Anlässe in leicht verdaulicher Form, appetitlich und moralisch korrekt für die Massen präsentiert werden. Das Ziel lautet, mit unterhaltsamen, flott aufbereiteten, schlagwortartigen und emotional aufgeladenen Thesen möglichst zeitnah an die Öffentlichkeit zu gehen. Die moralisch eiwandfreie Präsentation dient dazu, dem behaupteten Chaos auf den Märkten einen Sinn zu geben, der Bevölkerung die Schuldigen und Sündenböcke zu zeigen, um sich der eigenen Integrität zu versichern. Diese Art von kulturwissenschaftlicher Ökonomie der Medien ist zwar aufmerksamkeitsmäßig optimiert, wissenschaftlich aber unseriös. Mal eher grobschlächtig, mal eher subtil wird eine Art von naturgesetzlichem Gegensatz zwischen Ethik und Marktwirtschaft insinuiert.

Wir leben in einer Zeit der aufgedrehten Journaille und hektischen Medienwelt, die der zunehmenden digitalen Demenz und Verdummung der Spielkonsolen-Generation entspricht – kontemplatives und systematisiertes Nachdenken gehört offenbar endgültig der Vergangenheit an.

Die Irrtümer der keynesianischen „Mainstream-Ökonomen“ zeigen sich vor allem auf dem Gebiet der Makroökonomie. Denn ihre makroökonomischen Standardmodelle sind sämtlich von der Realität widerlegt. Die Makroökonomien befinden sich in einem riesenhaften „szientistischen Leerlauf“ (Wilhelm Röpke) und können mit all ihren spitzfindigen Modellen und beeindruckenden mathematisch-statistischen Formeln die wirtschaftliche Wirklichkeit nicht einfangen. Man betreibt weiterhin einen regelrechten Messbarkeitswahn der Wirtschaft, ohne sie wirklich zu verstehen.

Die Makroökonomie ist zunehmend dem „Physikneid“ (Claus-Peter Ortlieb) erlegen, ihre Vertreter wollen gerne Naturwissenschaftler sein. Die Psychologie oder Soziologie lehnen sie als zu schwammig ab und grenzen so ihr Fach nach außen

ab. So wurde die Mathematik zu ihrem „Missbrauchsopfer“ (Claus Peter Ortlieb). Man muss inzwischen von einer trostlosen Wissenschaft sprechen. Laut Kurt Richebächer, einem der international bekanntesten Bankiers und Finanzexperten, hat die heutige Zeit die schlechtesten Ökonomen seit 200 Jahren. „Wenn man sich anguckt, was die Ökonomen so alles vorausgesagt haben, dann sollte man ihnen nicht mehr zuhören. Noch nie hat sich eine Wissenschaft schneller in Luft aufgelöst. Es ist erschreckend zu sehen, wie wir immer wieder abfahren auf Prognosen, die sich in den meisten Fällen als falsch herausstellen, die Ökonomen durchdringen ihr Fach einfach nicht mehr“, äußert sich Rolf Dobelli in der FAS.

„Heute, in einer Zeit der immer weiter vordringenden Staatsomnipotenz und Politisierung, ziehen sich viele Volkswirte in das Revier mehr oder weniger interessanter Spezialtheorien zurück und lassen die praktische Wirtschaftspolitik ratlos hinter sich zurück“ (Hans Willgerodt). Ulrich van Suntum: „Sie sind überwiegend hoch spezialisierte Theoretiker oder Empiriker, die wenig Erfahrung mit der komplexen wirtschaftspolitischen Realität haben und diese vielfach nicht einmal suchen.“ Die Barbarei des Spezialistentums hat sich überall breitgemacht, heißt es schon bei Ortega y Gasset. Die Hyperspezialisierung vor allem der jüngeren Wirtschaftswissenschaftler erklärt ihre oft auffällige „Ignoranzkompetenz“ (Caspar Hirschi). Je kleinteiliger sie arbeiten, desto stärker sind sie den Kräften ihres eigenen Nichtwissens ausgeliefert. Mit ihren brillanten ökonometrischen Modellen beeindruckten sie sich gegenseitig, doch den Bezug zur Realität haben sie längst verloren. In einem Leserbrief von Herbert Berger an die FAZ heißt es: „Mit der tiefeschürfenden Erkenntnis, dass sich Menschen im Supermarkt für die kürzere Warteschlange entscheiden, was modellhaft gestützt und mathematisch begründbar wird, werden wir die Welt nicht retten. Die lange Zeit eher verdrängte bzw. belächelte Wirtschaftshistorie müsste wieder stärker gepflegt werden.“ Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass sich gerade viele jüngere Wissenschaftler aus der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion heraushalten. Max Weber war zuerst Nationalökonom, dann wurde er Soziologe und schließlich ist er der größte deutsche Philosoph des 20. Jahrhunderts geworden. Das machte die Fächerverbindung: Psychologie, Soziologie und Sozialpsychologie. Es sind die verschiedenen Zweige einer allgemeinen Wissenschaft vom menschlichen Verhalten, was die Volkswirtschaftslehre derzeit am nötigsten braucht. Friedrich A. von Hayek betonte

in diesem Zusammenhang, dass derjenige, der nur Ökonom ist, kein guter Ökonom sein kann.

So ist es denn auch in gewisser Weise kein Zufall, dass kein einziger Vertreter der modernen „Mainstream-Ökonomen“ die Finanzkrise vorausgesagt hat. Sie erkennen nicht, dass alle drückenden Probleme unserer Gesellschaft mit Tätigkeiten des Staats zusammenhängen (Murray N. Rothbard). Sie glauben, dass man den Begriff „Sparen“ durch den Begriff „Kredit“ ersetzen könne. Sie glauben, dass das Sparen nicht mehr nötig sei, weil man ja beliebig Kredit durch „deficit-spending“ schaffen kann. Seit Keynes ist die Ökonomie laut Roland Baader diesbezüglich regelrecht versumpft. Der Großteil der Makroökonomie der vergangenen Jahrzehnte war deswegen bestenfalls nutzlos und im schlimmsten Fall sehr schädlich.

Die keynesianische Staatsverschuldungsmanie und Interventionsgläubigkeit haben langfristig fatale Folgen, aber sie liefern kurzfristig den politischen Eliten eine pseudowissenschaftliche Begründung für ihre schamlose Schuldenmacherei im Rahmen ihrer *Wählerbestechungdemokratie*. „Die gesamte politische Klasse will nicht vom beliebig vermehrbaren Geld ablassen, weil es die finanzielle Grundlage ihres Geschäftes der Wählerbestechung ist. Die Bürger selber lieben das *easy money*, weil sie sich damit Wünsche in der Gegenwart erfüllen können, für die sie eigentlich lange sparen müssten und weil sich ihre Immobilien- und Wertpapier-Vermögen damit inflationär aufblähen und ihnen das (irrtümliche) Gefühl des ständig Reicherwerdens vermitteln. Die Zentralbanken lieben das *easy Money*, weil sie damit Regulierungspotenz über die gesamte Volkswirtschaft gewinnen und das von ihnen kontrollierte Bankensystem ins Gigantische ausdehnen können. Die Banken lieben das *easy money*, weil sie ihr Kreditgeschäft immer weiter vergrößern können und an den Zinsen gut verdienen. Die Geschäftsleute lieben das *easy money*, weil die Kunden ihre Umsätze nach oben treiben. Und viele Ökonomen lieben das *easy money*, weil sie an die Fata Morgana glauben, dass man damit jede Konjunktur- und Wachstumsdelle korrigieren könne und solle. Vor die Wahl gestellt, Konkurse von Staaten und Banken und steigende Arbeitslosigkeit hinzunehmen oder die Geldmenge auszuweiten, wird sich die Regierung stets für eine weitere Vergrößerung der Geldmenge entscheiden. Der Preis für dieses zeitliche Herauszögern ist eine umso stärkere Krise in der Zukunft.“ (Roland Baader)

Die Vertreter der „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“ haben stets vor dieser keynesianisch geprägten Politik gewarnt und daher auch die Finanzkrise vorausgesehen. Die *Keynesianer* erkennen nicht, dass die Instabilität der Marktwirtschaft eine Folge davon ist, dass die wichtigsten Regulatoren des Marktes, nämlich Geld und Zins, ihrerseits vom Marktprozess ausgenommen sind. Die ganze Wirtschaftsrechnung einer Volkswirtschaft ist dann zwangsläufig wegen der Absenz von freien Preisen als Knappheitsanzeiger im Sinne der Ressourcenallokation gestört. Denn es kommt auch in der Rezession nur auf die relativen Preise (das Verhältnis der Preise zueinander, Preisspannen) bzw. auf die strukturelle Relation von Konsum- und Produktionssektor an. Die Vernachlässigung des Problems, die Produktionsstruktur der Volkswirtschaft durch relative Preise zu ordnen, ist die entscheidende Ursache für das Versagen der herkömmlichen makroökonomischen Theorie. Denn die Produktionsstruktur und ihre Veränderung im Konjunkturverlauf wird von den relativen Preisen gesteuert, nicht jedoch, wie von den Keynesianern behauptet, vom allgemeinen Preisniveau. Die Rezession stellt also ein Strukturproblem dar, die absolute Höhe der (gesamten) Nachfrage ist nicht entscheidend. Die Zeit ist das zentrale Element, um den Produktionsprozess einer Volkswirtschaft zu verstehen. Gerade die Zeit, die von der Investition bis zur Produktion vergeht, bedeutet, dass der Konsument bis dahin mit seinem Konsum wartet; ansonsten steigen die Preise. Je unwichtiger den Konsumenten der Gegenwartskonsum im Vergleich zum Konsum in der Zukunft ist, desto höher ist ihre Sparneigung und desto niedriger ist der natürliche Zins. Veränderungen des natürlichen Zinssatzes korrelieren demnach mit einer entsprechenden Veränderung der Wirtschaftsstruktur (Verhältnis von Produktions- zu Konsumsektor).

Um die drückende Zinslast überbordender Staatsschulden erträglicher zu gestalten, und/oder die Konjunktur im keynesianischen Sinne (vermeintlich) anzukurbeln, wird seitens Regierung und Zentralbank der Zins unter den marktmäßigen, natürlichen Zins gedrückt. Abgesehen davon, dass die Sparer dadurch einen Vermögensverlust erleiden, ergeben sich dadurch folgende Konsequenzen:

Ein von der Regierung bzw. der staatlichen Zentralbank künstlich gedrückter Zins bewirkt eine relativ zu den freiwillig aufgebrauchten Sparmitteln zu kapitalintensive Produktion, weil die Finanzierungskosten für die Unternehmen entsprechend sinken.

Der Zins regelt die Umverteilung von der Produktion für heutige Konsumgüter zum (größeren) Konsum von morgen. Sinkt der natürliche Zins, so zeigt dies an, dass die Konsumenten bereit sind, auf Konsum heute zu verzichten, ihre Sparneigung also verstärken, um eine höhere Produktion für die zukünftige Menge an Konsumgütern zu ermöglichen. Veränderungen des natürlichen Zinses zeigen demnach die jeweilige Veränderung zwischen Produktions- und Konsumsektor an und führen zu gleitenden Anpassungsmaßnahmen, aber nicht zu den ausgeprägten und ruckartigen Konjunkturschwankungen, wie sie durch manipulierte Zinsänderungen im Rahmen der keynesianischen „deficit-spending-Politik“ erzeugt werden.

In der Realität beruht die Produktionsstruktur auf einem Netzwerk von Tausenden von Unternehmen, die mit und nebeneinander agieren. Ohne eine Vorstellung davon zu haben, wie dieser Produktionsprozess abläuft, ist es unmöglich, sinnvolle Aussagen über die Wirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu treffen. Bei Keynes laufen diese Prozesse synchron und ohne Zeitverzögerung, was aber eben nicht der Realität entspricht.

Die keynesianische „deficit-spending-Politik“ ist demnach eine reine Geldschöpfung, und zwar in falschen Preisen, d.h. ein durch Geldvermehrung künstlich gedrückter Zins führt zwangsläufig zu verfälschten Spar- und Investitionsentscheidungen. Da die Preise sich nicht alle gleichmäßig und mit gleicher Geschwindigkeit verändern, wird es für Unternehmen immer schwieriger, Bleibendes von Vorübergehendem zu unterscheiden und ihre Betriebskosten oder die Nachfrage der Konsumenten zu beurteilen. Indem inflationär aufgeblähte Gewinne erzeugt werden und die Wirtschaftsrechnung verzerrt wird, wird der Markt davon abgehalten, ineffiziente Investitionen zu verhindern und effiziente zu belohnen. Das führt wiederum zu Vermögenspreisblasen und verstärkten Konjunkturausschlägen. Wenn Kapital durch künstlich niedrige Zinsen keinen (richtigen) Preis mehr hat, sind Fehlinvestitionen und Kapitalverschwendung die logische Folge. Früher oder später muss deshalb die Geldschöpfung aufhören, sich der Geldzins wieder normalisieren und das natürliche Gleichgewicht zwischen Sparen, Investieren und Konsumieren wieder hergestellt werden. Nach der (künstlichen) Verlängerung der Produktionsperiode im Aufschwung muss es dann zu einer scharfen Rezession kommen, damit sich die Produktionsstruktur wieder an das Ausmaß der freiwillig verfügbaren Sparmittel

anpassen kann. Je länger dieser Bereinigungsprozess herausgezögert wird, desto stärker fällt die Rezession aus. Denn der „keynesianisch erzeugte Boom“ ist ein rein monetäres Phänomen, die sich zwangsläufig anschließende Rezession die notwendige Strukturanpassung. Deshalb ist es unsinnig, strukturelle Verwerfungen in der Wirtschaftsstruktur monetär bekämpfen zu wollen. Die Krise ist also nicht das Problem, sondern die Folge des Problems (Unterbindung des gleitenden Anpassungsprozesses der Wirtschaftsstruktur - zwischen Produktions- und Konsumsektor). Ebenso ist ein Börsencrash nicht das Problem, es zeigt vielmehr, dass die Marktakteure von der inflationären Scheinwelt Abschied nehmen und sich wieder auf die Realität besinnen.

Die Vorstellung, auf der die gesamte Keynes'sche Analyse beruht, wonach die Beziehungen zwischen Endnachfrage und Beschäftigung sich so darstellt, als sei sie dem Verhältnis zwischen dem am Ende einer Röhre ausgeübten Sog und dem am anderen Ende angesaugten Zugstrom analog, ist falsch und irreführend. Zwischen den beiden Enden liegt vielmehr ein elastisches und veränderbares Reservoir, dessen Größe von einer ganzen Reihe von Umständen abhängt, die in der Analyse von Keynes weitgehend vernachlässigt werden. Das fortwährende Einpumpen zusätzlichen Geldes an Punkten des ökonomischen Systems, an denen es vorübergehend künstlich Nachfrage erzeugt, die allerdings aufhören muss, wenn die Vermehrung der Geldmenge endet oder sich verlangsamt, dazu die Erwartung ständiger Preissteigerungen, zieht den Faktor Arbeit und andere Produktionsmittel in Beschäftigungen, die nur solange dauern können, wie die Vermehrung der Geldmenge in demselben Ausmaß andauert – oder vielleicht nur solange, wie sie sich mit einer bestimmten Rate weiter beschleunigt. Was diese Politik hervorbringt, ist nicht so sehr ein Beschäftigungsniveau, das auf andere Art und Weise nicht hätte zustande gebracht werden können, sondern vielmehr eine Verteilung der Beschäftigung, die nicht unbegrenzt aufrechterhalten werden kann, die bald zu einer rezessiven Anpassung zwingt. Arbeitslosigkeit zeigt an, dass die Struktur der relativen Preise und Löhne verzerrt worden ist, und dass zur Wiederherstellung der Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage vom Faktor Arbeit in allen Sektoren entsprechende Änderungen der relativen Preise sowie eine Umlenkung der Arbeit in effizientere Verwendung notwendig ist. (Ludwig von Mises)

Die schlimmste Wirkung vom „deficit-spending“ ist nicht einmal der permanente Kaufkraftverlust, sondern -wie bereits angeführt- die von ihr erzeugte Verzerrung der relativen Preise, d.h. die Verfälschung der Preissignale für die Knappheitsrelationen der verschiedenen Güter untereinander, insbesondere beim Verhältnis von Investitionsgüterpreisen zu Konsumgüterpreisen.

Neben dem Unverständnis der Wirkung relativer Preise auf den Konjunkturverlauf, können die „Keynesianer“ auch die Herkunft von Bankeinlagen der Anleger nicht erklären, sie setzen diese einfach als gegeben voraus und behaupten fälschlicherweise, dass zu viele Ersparnisse und zu wenig Investitionsmöglichkeiten den realen Zins unter die Nulllinie drücken würden. Doch jeder Bankauszubildender weiß natürlich, woher die Einlagen im heutigen *easy money*-System kommen: Es ist der Kredit, der Einlagen schafft, und es sind nicht Einlagen, die als Kredite verliehen werden. Und die Kreditnachfrage ist folglich dann gering und der Zins niedriger, wenn zuvor zu viel und falsch investiert wurde (eben durch „deficit-spending-Politik“), somit also zunächst eine rezessive Bereinigungsphase erfolgen muss (Thomas Mayer). Wären in der Konjunkturhochphase tatsächlich nur Kredite aus vorhandenen Spareinlagen vergeben worden (und nicht in erster Linie durch Kredit- und Geldschöpfung), so würden die gleitenden Anpassungsprozesse der Wirtschaftsstruktur (durch die nicht-manipulierte Signalfunktion der relativen Preise) eine starke Rezession vermeiden.

Im Gegensatz zu den *Keynesianern* betrachten die „Austrians“ die Arbeitslosigkeit nicht als eine dem Kapitalismus systemimmanente Erscheinung und nicht als Symptom seiner Krisenanfälligkeit. Denn in Wahrheit ist Arbeitslosigkeit als gesellschaftlicher Notstand eine Erscheinung des industriellen Zeitalters und kann überall auftreten, wo die industrielle Produktionsweise vorherrschend ist, welche Ideologie auch immer dominieren mag. Nur in der vorindustriellen Epoche hat es keine Arbeitslosigkeit gegeben. Wenn eine Bevölkerung zu 90 Prozent in der Landwirtschaft arbeitet, dann kommt es zwar vor, dass man bei Missernten oder im Winter nichts zu tun hat. Doch es wird keine Arbeitslosigkeit sichtbar. Der Bauer bleibt auf seinem Hof samt mithelfenden Familienangehörigen und dem Gesinde, dem er in Treue verpflichtet ist und dem er auch Verpflegung und Unterkunft schuldet. Überdies war der Bevölkerungsanteil in feudaler Zeit viel größer, der nichts durch Arbeit zum Sozialprodukt beisteuerte – siehe Adel- Welt- und Ordensklerus. In

Zeiten der Krise mochte die Zahl der Bettler steigen und ein Handwerksbursche mochte länger auf Wanderschaft verweilen – aber Arbeitslosigkeit wurde nicht erkennbar. Keine Statistik berichtete davon, kein Sozialprotest richtete sich dagegen.

Im modernen Industriestaat ist Arbeitslosigkeit nicht durch staatliche Interventionen zu beseitigen. Es gibt kein historisches Beispiel für ein erfolgreiches Arbeitslosenprogramm, das unter Bedingungen von Freiheit und Frieden realisiert wurde. Selbst den sozialistischen Zentralplanwirtschaften, die doch die Nachfrage lenken und Investitionen befehlen können, ist die Beseitigung von Arbeitslosigkeit nicht gelungen. Aber da es Arbeitslosigkeit bei ihnen aus ideologischen Gründen nicht geben darf, wird sie nicht registriert, sondern verborgen: Man zieht mehr junge Leute ein zum Militär, besetzt Arbeitsplätze doppelt und dreifach und so weiter. Hitler und Stalin bauten Arbeitslosigkeit ab durch Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft. Franklin D. Roosevelt, der die ganze Rezeptur staatlicher Konjunkturprogramme durchprobierte, hatte damit (entgegen der landläufiger Meinung) überhaupt keinen Erfolg, bis auch die USA die Rüstungsindustrie ankurbelten. Es war gerade nicht der „New Deal“, der den Aufschwung brachte.

In einer nichtsozialistischen Wirtschaft tritt Arbeitslosigkeit offen zutage, gerade weil sie als Problem gesehen wird und die Arbeitslosen gesichert werden sollen.

Ein Konjunkturabschwung ist entgegen keynesianischer Ansicht keineswegs die Folge von mangelnder Kaufkraft. Jede Produktion schafft sich nämlich ihr eigenes Einkommen. Wenn ein zusätzliches Paar Schuhe produziert wird, dann sind die Kosten des Herstellers automatisch die Einkommen der Arbeitnehmer, Kreditgeber, Vorlieferanten und des Staates. Es ist also immer auf den Cent genau genügend Kaufkraft vorhanden, um das Angebot aufzunehmen. Ein Teil dieses Einkommens wird allerdings gespart. Den Sparern müssen andere Leute gegenüberstehen, die mehr ausgeben, als sie verdienen, die also Kredit aufnehmen. Das sind die Investoren: Unternehmer, Bauherren usw. Eine Konjunkturkrise entsteht, wenn die Bereitschaft zur Bildung von Geldvermögen größer ist als die zur Bildung von Sachvermögen. In der Regel führen zu hohe Löhne zu diesem Ungleichgewicht. Werden die Löhne über das Maß hinaus erhöht, das der Markt hergegeben hätte, dann nutzt das keineswegs den Arbeitnehmern und ihrer Kaufkraft, sondern fällt in Form von Arbeitslosigkeit auf die Arbeitnehmer zurück. Wenn die Löhne steigen,

dann bleibt nach Abzug aller Abgaben zusätzliche Kaufkraft beim Arbeitnehmer übrig. Davon wird ein Teil gespart; der verbleibende Rest wird zur Konsumnachfrage. Während der Aufwand für Löhne bei den Unternehmen sofort zu 100 Prozent zu Buche schlägt, wird davon im weiteren Verlauf höchstens ein Teil tatsächliche zusätzliche Konsumnachfrage. Der Saldo bleibt in jedem Fall negativ. Und die höheren Reallöhne fallen ja auch nicht wie Manna von Himmel. Soweit sie nicht durch zusätzliche Produktivität abgedeckt sind, verringern sie zwangsläufig die Gewinne der Unternehmen. Der zusätzlichen Kaufkraft der Arbeitnehmer steht eine geringere Kaufkraft der Unternehmen gegenüber. Die Nachfragewirksamkeit hängt also ganz davon ab, ob die Unternehmen oder die Arbeitnehmer von ihrem Einkommen einen größeren Teil ausgeben. Unternehmer sind Leute, die normalerweise mehr ausgeben, als sie einnehmen. Sie investieren und nehmen dafür Kredite auf. Umgekehrt legen Arbeitnehmer einen Teil ihres Einkommens auf die hohe Kante. Sie geben weniger aus, als sie einnehmen. Verschiebt man also einen Euro Kaufkraft von den Unternehmen zu den Arbeitnehmern, dann verschiebt man sie aus einem Bereich hoher Ausgabenneigung in einen Bereich niedrigerer Ausgabenneigung. Die Gesamtnachfrage nimmt nicht zu, sie geht sogar zurück. Deshalb beobachtet man immer, dass bei hoher Lohnquote die Wirtschaft in einer Krise steckt, während umgekehrt im Boom die Lohnquote niedrig ist. Die Verteidigung hoher Löhne und ehrgeiziger Verteilungsziele hilft zwar zunächst noch den Arbeitnehmern, aber im Laufe der Zeit gelingt es immer weniger Leuten (vor allem geringer Qualifizierten) einen Arbeitsplatz zu finden, und schließlich sinkt das Sozialprodukt, der Kuchen, der für alle zusammen zur Verteilung vorhanden ist. Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur, dass die Betroffenen keine Einkommen erwirtschaften. Es bedeutet auch, dass die Wertschöpfung insgesamt fällt und dass auch die Einkommen anderer Menschen sinken, die mit den Arbeitslosen zusammenarbeiten könnten. Die wirtschaftliche Aktivität des gesamten Gemeinwesens sinkt, und letztlich zählen alle zu den Verlierern, auch diejenigen, die zunächst von der Hochlohnpolitik profitiert haben. Nicht nur ökonomisch wäre es deshalb wesentlich sinnvoller, wenn man den Marktkräften bei der Festlegung der Löhne freien Lauf ließe. Auch John Maynard Keynes wusste sehr wohl, dass freie und flexible Löhne Arbeitslosigkeit und starke Konjunkturschwankungen weitgehend ausschließen würden. Doch er hielt dies von vornherein für politisch nicht durchsetzbar, deshalb lieferte er der Politik mit seiner verhängnisvollen „deficit-

spending-Politik“ eine opportunistische pseudowissenschaftliche Rechtfertigung für deren schuldeninduzierte Sozialstaatspolitik.

Nur mit flexiblen Löhnen bleibt die Arbeit wettbewerbsfähig. Sinkt der marktmäßige Lohn für gering qualifizierte Arbeit dann unter ein sozial vertretbares Maß, muss der Staat den Geringverdiener bezuschussen. Wichtig ist, dass man bei dem Lohnniveau einer Volkswirtschaft nicht auf die Lohnkosten pro Stück, sondern auf die Lohnkosten pro Arbeitsstunde achtet. Man darf also nicht die Stundenlöhne durch die Arbeitsproduktivität dividieren, um ein korrektes Bild von der Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die Betrachtung der Lohnkosten pro Stück übersieht nämlich das Problem der durch die Lohnerhöhung selbst verursachten Freisetzung von Arbeitskräften und die dadurch wiederum verursachte (rein rechnerische) Produktivitätssteigerung, welche wiederum zu neuen Lohnforderungen führt. Wenn die Löhne steigen, werden viel minder produktive Betriebe aus dem Markt ausscheiden. Die Arbeitnehmer werden entlassen, und die Zahl der Erwerbstätigen sinkt. Die Produktivität der Wirtschaft steigt dadurch rein rechnerisch, weil die weniger produktiven Betriebe mitsamt ihren Beschäftigten aus der Statistik verschwinden. Es ist also immer die Höhe der Arbeitslosigkeit selbst, die ein sicheres Urteil über die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitskräfte ermöglicht. Ähnliche Effekte gibt es, wenn die Hochlohnpolitik Unternehmen veranlasst, in kapitalintensive Produktionsprozesse auszuweichen und Arbeitskräfte freizusetzen. Auch diese lohngetriebenen Rationalisierungsmaßnahmen bedeuten einen Produktivitätszuwachs, der aber nur scheinbar Verteilungsspielräume (sprich: Lohnerhöhungen) zulässt, weil ihm gar kein volkswirtschaftlicher Produktivitätsgewinn gegenübersteht. Daher darf sich das Lohnwachstum nicht einfach an der rechnerischen Steigerung der Produktivität orientieren, es muss unter dem Produktivitätszuwachs der Betriebe liegen.

Auch in diesem Zusammenhang wird der Unterschied zwischen Konjunktur- und Strukturproblemen oft nicht erkannt, obwohl es für das Verständnis volkswirtschaftlicher Zusammenhänge von entscheidender Bedeutung ist. Bei der Konjunktur geht es um den Auslastungsgrad des Produktionspotenzials, der durch die Nachfrage mitbestimmt wird. Bei Strukturproblemen geht es um dieses Potenzial selbst. Es wird unter anderem durch den so genannten Kapitalstock der Volkswirtschaft bestimmt, wie er durch frühere langfristige Investitionen in Gebäude,

Maschinen und Anlagen entstanden ist. Deutschlands Kapitalstock hat sich in den vergangenen Jahren zu langsam entwickelt, und vor allem hat er wegen der hohen Löhne eine zu geringe Arbeitsintensität. Ein Nachfrageschub kann eine Mehrproduktion und einen Beschäftigungsstand immer nur bis zu Vollausslastung der vorhandenen Anlagen bewirken, nicht aber darüber hinaus. Weitere Produktions- und Beschäftigungseffekte kommen nur durch den Kapazitätseffekt neuer, langfristiger Investitionen zustande. Doch ob solche Investitionen vorgenommen werden, hängt weniger von der Nachfrage als von den Standortbedingungen ab, unter denen die Löhne kostenseitig die wichtigsten sind. Die deutsche Nachfrage kann man auch von einem slowakischen Standort bedienen.

Die unsinnige keynesianische Kaufkrafttheorie führt im Endeffekt immer nur zu einer weiter ansteigenden Staatsverschuldung und hat keinen nachhaltigen Beschäftigungseffekt. Es zeigt sich immer wieder, dass Verschuldung zur Aufrechterhaltung bzw. Anregung des Massenkonsums nichts weiter als vorgezogener Konsum ist, der in der Zukunft ausfällt. Dieses Wort des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, hat nichts von seiner Gültigkeit verloren.

Auf jeden Fall ist die Produktion von Gütern und Dienstleistungen der Anfang und der Motor des Prozesses von Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand – und nicht (!) der Konsum! Die keynesianischen „Mainstream-Ökonomen“ mögen dies noch so oft bestreiten. Wenn die *Keynesianer* recht hätten, bräuchte der Staat ja nur astronomische hohe Schulden aufzunehmen und das Schuldengeld in den Konsum reinjagen – und schon würden paradiesische Zustände herrschen. Und genau dazu raten die „Mainstream-Ökonomen“ zur Freude der politischen Klasse, die genau das dann durchführen – nur leider mit der steten Folge, dass sie damit im Endeffekt das Gegenteil dessen erreichen, was sie eigentlich wollten. Wer dafür plädiert, den Konsum durch Lohnerhöhungen anzuregen, fordert in Wirklichkeit eine Erhöhung der Produktionskosten und schüttet damit Sand in das Getriebe, das Beschäftigung und Einkommen überhaupt erst entstehen lassen kann – und mit dessen Kraftentfaltung die Voraussetzungen für den vermehrten Konsum erst geschaffen werden. Außerdem heizt eine solche Lohnsteigerungspolitik die Inflation an und verringert somit die reale Kaufkraft der Konsumenten-Einkommen. Zwar wirken Lohnsteigerungen eo ipso noch nicht inflationär, haben aber dennoch regelmäßig Inflation zur Folge, weil die Zentralbanken das Geschehen mit einer Politik des

leichten Geldes begleiten, um die Wirkung des Lohnkostenschubs in Richtung Arbeitslosigkeit zu dämpfen. Wer den Lohnempfängern wirklich etwas Gutes tun will, der sollte gegen die staatliche Abzocke via Steuern und Sozialabgaben kämpfen. Nicht zuletzt fließen bei Nominallohnerhöhungen immer größere Summen über Steuern und Sozialabgaben an den Staat – und somit heraus aus den Taschen der Verbraucher. Was dann von den Lohnerhöhungen übrigbleibt, reicht nicht aus, um den Kaufkraftverlust zu kompensieren. Für die Unternehmen wirkten sich solche Lohnsteigerungen zu 100 Prozent als Kostenerhöhung aus, aber nur ein Teil davon kann seitens der Lohnempfänger überhaupt nachfragewirksam werden, so dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verschlechtert. Im Übrigen ist dabei noch zusätzlich zu beachten, dass mit Lohnsteigerungen grundsätzlich Kapital vom produktiven Produktionssektor mit seiner Kapitalbildung in den nichtproduktiven Konsumsektor verschoben wird. Dies bedeutet logischerweise, dass auf zukünftiges Wachstum in dieser Höhe verzichtet wird. Denn es ist einzig das Investieren der Unternehmen, was mittels neuer Kapitalbildung zu neuem (verteilbaren) Sozialprodukt führt. Nur mit Sparen und Investieren wird eine Volkswirtschaft reich. Der Glaubenssatz der *Keynesianer*, wonach man sich reich konsumieren könne und arm spart, ist reinste „Voodoo-Ökonomie“.

Ein weiterer schwerwiegender Irrtum der „Mainstream-Ökonomen“ besteht in der strikten Ablehnung von Währungswettbewerb. Im staatlichen Papiergeldsystem wird Geld durch Kredit im Umlauf gebracht, das nicht durch echte Ersparnis gedeckt ist. Dies führt in die Überschuldung, wie man sie derzeit in praktisch allen westlichen Demokratien („Wählerbestechungsdemokratien“) beobachten kann. Der größte Kreditnehmer und Schuldner ist der Staat, der sich mit immer neuen Krediten finanziert, die billig durch dieses staatliche Papiergeld beschafft werden. Mit Hilfe einer höheren Inflation (erst im Vermögens- und später im Konsumgüterbereich) wird der Realzins in den negativen Bereich gedrückt. Dadurch kommt es zu einer stillen Umverteilung von den Sparern hin zum Staat. Durch diese so genannte Finanzrepression werden die Kosten der Krise in versteckter Form auf den Schultern der Bürger abgeladen.

Die Lücke zwischen Geldmenge und Gütern ist das Inflationspotenzial, und diese Lücke weitet sich immer mehr aus. Wir leben momentan in der größten Geldblase

aller Zeiten. Europaweit stieg ab dem Jahr 2000 die Geldmenge um 160 Prozent, der Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen hingegen nur um 10 Prozent. Das endet, wie jede belastbare Wirtschaftstheorie zeigt, zwangsläufig irgendwann in einer starken Inflation bzw. in einem Währungsschnitt. Noch niemals in der Geschichte hat ein Staat seine Schulden zurückgezahlt. Schulden werden immer nur prolongiert. Inzwischen müssen die USA schon neue Kredite aufnehmen, nur um damit laufende Zinsen zu bezahlen. Würden die Zinsen heute wieder auf Normalhöhe steigen, könnte die meisten Staaten ihre Schulden nicht mehr bedienen. Merkt eine Regierung, dass ihr die Dinge entgleiten, schiebt sie die Verantwortung dafür auf nichtstaatliche Einrichtungen ab, wie zum Beispiel die EU-Kommission, die EZB, den IWF, Troikas, oder die EUROFIN-Gruppe.

Der amerikanische Ökonom Robert Sennholz bezeichnete die Vertreter der keynesianischen Volkswirtschaftslehre als „Inflationomics“. Ohne das beliebig vermehrbare staatliche Zwangsgeld würde die Welt jetzt nicht vor dem Abgrund des finanziellen Zusammenbruchs stehen. Die Geschichte des staatlichen Papiergeldes ist laut Friedrich A. von Hayek eine Geschichte von Lug und Trug. Mayer Amschel Rothschild hat treffend gesagt: „Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, dann ist es für mich gleichgültig, wer die Gesetze macht.“ Während die reale Güterwirtschaft aus guten Gründen privatwirtschaftlich organisiert ist, ist das spiegelbildliche Geldsystem ein staatliches Monopol. Realwirtschaft und Geldwirtschaft sind also nicht kompatibel, sie können nicht reibungslos miteinander verzahnt werden, obwohl dies eigentlich selbstverständlich der Fall sein müsste. Aus dieser Diskrepanz resultieren letztlich die immer wiederkehrenden Probleme: Schulden, Inflation, Rezession und übertriebene Konjunkturausschläge. Wenn das staatlich monopolisierte Geldsystem dem privatwirtschaftlichen Wettbewerbssystem der Realwirtschaft entsprechen würde, könnten diese Probleme weitestgehend gar nicht erst auftreten. Das staatlich monopolisierte Papiergeldsystem ist nicht reformfähig, es ist den marktwirtschaftlichen Prinzipien derart wesensfremd, dass man es durch ein marktwirtschaftlich konformes System komplett ersetzen muss. Es geht um die Privatisierung des Geldes, wie sie Roland Baader vorgeschlagen hat: In einem ersten Schritt müssten alle staatlichen Regulierungen beseitigt werden, mit denen das staatsmonopolistische Geld zum einzig zulässigen gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt wird. In einem zweiten Schritt müssten die Geldmengen in

einem festen Umtauschverhältnis zum Gold, das noch in den Kellern der Zentralbanken lagert, fixiert werden. Drittens müssten zum Beispiel private Münzprägeanstalten zugelassen werden. Der Staat könnte seinerseits weiterhin auf Zahlung der Steuern und Abgaben mit dem Eurogeld bestehen, aber die Bürger und Unternehmen müssten die Freiheit haben, bei allen Verträgen und Transaktionen auch anderes, privat geprägtes Geld zu verwenden und zu vereinbaren. Dies natürlich nur im wechselseitigen Einverständnis, wie es bei privaten Vertragsabschlüssen sowieso selbstverständlich ist. Weiterhin müsste es ein verfassungsrechtliches Verbot jeder Art von Steuern und Abgaben auf Wertsteigerungen per privat geprägten Münzen oder auf deren Verwendung geben, also keine Steuern oder Abgaben auf die Münzen selbst, auch wenn die Geschäfte, die damit getätigt werden, selbstverständlich weiterhin der normalen Besteuerung unterliegen. Diese privaten Geldarten würden dann sowohl untereinander als auch gegenüber dem Staatsgeld automatisch in einen Stabilitätswettbewerb treten, und es wäre dabei völlig egal, wohin sich die Preise für Gold und Silber oder für andere unterlegte Sachwerte entwickeln. Der Emittent von privatem Marktgeld hält dieses in eigenem Interesse knapp (also stabil), weil es sonst an Wert (Kaufkraft) verlieren würde, was für ihn einen Verlust bedeuten würde. Durch den Währungswettbewerb würde außerdem Druck auf die EZB ausgeübt, den Euro möglichst stabil zu halten. Anderenfalls würde der Euro gegenüber den konkurrierenden freien Währungen abgewertet. Dies hätte wiederum zur Folge, dass die Leute ihn zunehmend ablehnen würden. Da Staaten und Geschäftsbanken bei einem Währungswettbewerb nicht mehr davon ausgehen könnten, dass die EZB ihnen zu sehr niedrigen Zinsen unbegrenzt Geld zur Verfügung stellt, würde der Druck auf die nationalen Regierungen massiv steigen, endlich ihre Haushalte in Ordnung zu bringen, und die Banken würden freiwillig ihre Geschäftsrisiken begrenzen.

Durch die freie Wahl der Währung würden Konsumenten und Produzenten vor den Folgen inflationistischer Vermehrung des staatlichen Geldes wirkungsvoll geschützt. Verfechter des staatlichen Geldmonopols behaupten, dass sich das Geld von allen anderen Gütern unterscheidet, dass das „Gresham´sche Gesetz beweise, dass das schlechte Geld das gute Geld aus dem Umlauf verdrängen würde. Daher könne man sich bei der Bereitstellung guten Geldes nicht auf den Markt verlassen. Doch diese Behauptung beruht auf einer Fehlinterpretation von Greshams berühmtem Gesetz,

wie Murray N. Rothbard beweist: „Tatsächlich besagt dieses Gesetz, dass vom Staat künstlich überbewertetes Geld künstlich unterbewertetes Geld aus dem Geldkreislauf verdrängt. Angenommen etwa, es wären 1-Unzen-Goldstücke im Umlauf. Nach einigen Jahren wiegen viele der Münzen aufgrund von Verschleiß nur noch 0,9 Unzen. Natürlich wären die abgenutzten Münzen auf dem freien Markt nur 90 Prozent einer vollständigen Münze wert, und diesen abgenutzten Münzen müsste der Nominalwert aberkannt werden. Wenn also etwas aus dem Kreislauf verdrängt würde, so wären es die schlechten Münzen. Doch angenommen, der Staat würde verfügen, dass jeder die abgenutzten Münzen genau wie frisch geprägte Münzen zu behandeln hätte und sie auch gleichermaßen bei der Rückzahlung von Forderungen annehmen müsste, stellt sich die Frage, was der Staat hiermit tatsächlich getan hat? Er hat dem *Wechselkurs* zwischen zwei Münztypen gewaltsam einen Zwangspreis auferlegt. Indem er den Parikurs erzwingt, obwohl die alten Münzen mit einem zehnzehnten Abschlag gehandelt werden müssten, werden die alten Münzen künstlich über- und die neuen Münzen künstlich unterbewertet. Infolgedessen wird jeder die verschlissenen Münzen in Umlauf bringen und die neuen Münzen sammeln oder im Ausland anlegen. Das schlechte Geld verdrängt das gute Geld also nicht auf dem freien Markt, sondern nur als direkte Folge staatlichen Eingriffs in den Markt.“

In Wahrheit bedarf das Geldangebot einer Volkswirtschaft weder einer Herrschaftsmacht (Staat) noch eines hoheitlichen Regulators der Geldmenge. Der Markt sorgt automatisch für die Menge des umlaufenden Geldes geradeso wie er die Mengen der Konsum- und Kapitalgüter erzeugt, nämlich nach den Gesetzmäßigkeiten von Angebot und Nachfrage und nach Maßgabe des Preises. Geld ist weder ein Konsumgut noch ein Kapitalgut. Deshalb kann man bei einer Vermehrung oder Verminderung einer Menge auch nicht von einem Zuwachs oder einer Minderung von Wohlstand und Reichtum sprechen. Wohlstand und Reichtum ist eine Frage der vorhandenen Menge an Konsum- und Kapitalgütern, nicht aber der vorhandenen Geldmenge.

Alle Ökonomen sind sich einig, dass Monopole schlecht sind. Warum sind dann nur die Vertreter der „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“ gegen das staatliche Geldmonopol? Die „Mainstream-Ökonomen“ behaupten, dass Geld kein normales Gut darstellen würde und daher nur vom Staat verwaltet werden könnte. Aus übergeordneten Gründen würden beim Geld angeblich die Marktgesetze nicht

gelten. Diese unsinnige Behauptung kümmert die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten freilich herzlich wenig. Das staatliche Geldmonopol ist eine planwirtschaftliche Apparatur, die im Prinzip aus den gleichen Gründen nicht funktioniert, wie alle staatlichen Zentralplanwirtschaften nicht funktionieren. Die Mitarbeiter der EZB sehen das offenbar genauso, oder wie ist es sonst zu erklären, dass sie einen Inflationsschutz ihrer Pensionen fordern?

Mit dem Ende des sozialistischen Geldmonopols würde auch das Gewaltmonopol des Staates auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Deutschland, vor 1914, eine Industrienation mit einer Staatsquote von rd. 10 Prozent (statt der heutigen von über 50 Prozent!), war keineswegs eine „Anarchie“ oder eine „Bananenrepublik“ – und auch kein totalitärer Staat. . Der Staats-Leviathan konnte erst entstehen, nachdem die Goldwährung (und damit das eigentlich kapitalistische Geld) abgeschafft worden war. Friedrich A. von Hayek war ein ebenso bescheidener wie nüchterner Gelehrter. Er hätte nicht vom Ende der Zivilisation und vom Marsch in den Totalitarismus geschrieben, wenn er nicht sicher gewesen wäre, dass das staatsmonopolistische Geld unabwendbar – und wie schon mehrfach geschehen – in solche Abgründe führt.

Das staatliche Geldmonopol ist der Dämon unserer Zeit. Es gibt kein gesundes Staatsgebilde mit einem kranken Geldwesen. Wie heißt es so schön bei Henry Ford: „Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, wir hätten die Revolution noch vor morgen früh.“

Quellen:

Roland Baader: Geld, Gott und Gottspieler, 2. Aufl. Gräfeling 2005

Roland Baader: Geldsozialismus, Gräfeling 2010

Roland Baader: Markt oder Befehl, 2. Aufl., Lichtschlag Nr. 5, Grevenbroich 2014

Roland Baader: Markt und Vernunft, Ludwig von Mises Institut Deutschland, 1.3.2012

Christoph Braunschweig: Die demokratische Krankheit, München 2012

Christoph Braunschweig: Wohlfahrtsstaat – leb wohl!, Münster/Berlin 2014

Rolf Dobelli: Interview mit der FAS vom 5.8.2012, S. 29

Richard M. Ebeling: The Austrians Theory of the Trade Cycle, Create Space Independent Publishing Platform. 1996

Hayek Akademie, Salzburg: Studienmaterialien

Caspar Hirschi: Das Gerede von der Wissensgesellschaft, in: FAZ vom 1.8.2012, S. 12

Günther Lachmann: Verfallsymptome, München 2014

Thomas Mayer: Europas unvollendete Währung; Weinheim 2013

Ludwig von Mises: Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, 2. Aufl., Berlin 2005

Thorsten Polleit u. Michael von Pröllius: Geldreform: Vom schlechten Staatsgeld zum guten Marktgeld, 2. Aufl., Düsseldorf 2011

Murray N. Rothbard: Das Schein-Geld-System, 2. Aufl., Gräfeling 2005